

Erstheinen:
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Vierteljähriges Abonnement: am Schalter 1 M.,
durch den Boten ins Haus 1 M. 25 Pf., durch
die Post 1 M. 25 Pf., durch die Post frei ins
Haus 1 M. 50 Pf.

Großenhainer

Inserate
für die am Abend vorher ausgegebene
Nummer werden bis früh 9 Uhr angenommen und
Gebühren für solche von a u s w ä r t s, wenn dies
der Einsender nicht anders bestimmt, durch Post-
Nachnahme erhoben.

Unterhaltungs- und Anzeigebblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Großenhain.

Druck und Verlag von Herrmann Starke (Plasnick & Starke) in Großenhain.

Für die Redaktion verantwortlich: Herrmann Richard Starke.

Nr. 46.

Dienstag, den 19. April 1887.

75. Jahrgang.

Zur Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Königs Albert

findet

Sonnabend, den 23. April d. J., Mittags 1 Uhr

im Saale des Hotel de Sage ein Festessen statt.

Preis des Gedeckes 2 Mark 50 Pfg.

Die Einwohnerschaft von Großenhain und Umgegend wird hierzu mit dem ergebenen Bemerkten eingeladen, daß Zeichnungen zu dem erwähnten Essen Herr Hotelbesitzer Hunger entgegen nimmt.

Großenhain, den 16. April 1887.

Herrmann, Scheuffler, Schütze, von Weissenbach,
Bürgermeister. Oberamtsrichter. Oberstlieutenant. Amtshauptmann.

Bekanntmachung.

Die den 1. April a. c. fälligen Brandversicherungsbeiträge sind nach 1 Pfg. von jeder Beitragsinheit längstens bis zum

an die Stadthauptkasse zu bezahlen.
Großenhain, am 30. März 1887.

Der Stadtrath.
Herrmann.

Fortbildungsschule.

Die Ostern 1887 aus der Schule entlassenen Knaben (die hierorts befindlichen Ausländer nicht ausgeschlossen!) haben sich unter Vorlegung ihrer Schulentlassungszugnisse in der Expedition des Unterzeichneten zum Besuche der Fortbildungsschule anzumelden.

Diese Anmeldungen werden vom 18.—23. April täglich von 11—1 Uhr angenommen. Nach den gesetzlichen Bestimmungen sind Vatern, Lehrherren pp. verpflichtet, die Fortbildungsschulpflichtigen Knaben zu ordnungsmäßiger Anmeldung und regelmäßigem Besuche der Anstalt anzuhalten.

Von der Verpflichtung zum Besuche der Fortbildungsschule ist befreit, wer eine höhere Lehranstalt, also Gymnasium, Progymnasium, Seminar, Realschule 1. oder 2. Ordnung bis zum vollendeten 15. Lebensjahre oder auch eine mittlere oder höhere Volksschule 9 Jahre lang besucht und die seinem Alter entsprechende Classe erreicht hat. Es ist jedoch für jeden einzelnen Fall die Befreiung durch Vorlegung des betr. Zeugnisses bei dem unterzeichneten Director nachzuweisen.

Zugleich wird bemerkt, daß jedem abgehenden Schüler ein Entlassungszugniß auszuhandigen ist und daher der Austritt bei dem Directorium rechtzeitig angezeigt werden muß.
Großenhain, am 14. April 1887. L. Hardtmann, Schuldirector.

Politische Weltschau.

Angeichts der militärischen Nachtragsforderungen, welche den deutschen Reichstag nach den Osterferien beschäftigen werden, führen die der Reichsregierung nahestehenden Blätter eine sehr beruhigende Sprache und weisen jeden Gedanken an eine unmittelbare Gefahr als grundlos zurück. Da dieselben Blätter noch vor wenigen Monaten die Lage ganz anders darstellten, muß man an einen freundlichen Umschwung der Verhältnisse glauben. Uebrigens bedarf es bei der jetzigen regierungsfreundlichen Mehrheit des Reichstages der Drohung mit auswärtigen Verwicklungen nicht, um die Gewährung der Nachtragspostulate zu erlangen. Wenn der deutsche Reichszkanzler, der seit einigen Tagen in Friedrichsruh weilt, zu Beginn der parlamentarischen Arbeiten wieder nach Berlin zurückkehrt, geschieht dies wohl kaum, um die Annahme dieser Nachtragsforderungen zu sichern, sondern weit eher, um seinen Einfluß bei den Beratungen über die Branntweinsteuer und über die Kirchenvorlage geltend zu machen. In parlamentarischen Kreisen erwartet man, daß der deutsche Reichstag die Branntweinsteuervorlage bei seinem Wiederzusammentreten entweder schon auf dem Tisch des Hauses finden oder doch als Antrag Preussens bei dem Bundesrath fassen lernen werde. Sowohl auf Seiten der Regierung wie im Schooße der Regierungsmehrheit ist man jetzt fest überzeugt, die Steuerreform zu einem baldigen beschließenden Abschluß zu führen und damit endlich die finanziellen Grundlagen des Reiches in Ordnung zu bringen. Den Spiritusinteressenten ist bei der Aussicht auf diese erhöhte Alkohol-Versteuerung nicht sonderlich wohl zu Muth. Eine Versammlung von Spiritusfabrikanten, Spiritushändlern und Großhändlern aus ganz Deutschland trat in diesen Tagen in Berlin zusammen, um gegen eine etwaige Schädigung ihrer Gewerbe im Voraus Protest einzulegen. Die Versammlung erklärte sich gegen jeden größeren Steuerzuschlag, der den Verbrauch vermindern würde, bezeichnete eine etwaige Contingentirung der Spirituserzeugung als eine schwere Schädigung aller am Absatz des Spiritus beteiligten Gewerbe und als eine nicht zu rechtfertigende Vernachtheiligung der nicht mit Brennerien ausgestatteten landwirtschaftlichen Betriebe. Schließlich verlangte die Versammlung, daß die Reichstagscommission, welcher die Verhandlung der Steuervorlagen zugewiesen werden wird, sich des Beiraths von Sachverständigen aus sämtlichen Gruppen der am Spiritusverkehr beteiligten Branchen bediene. Bei der jetzigen Stimmung im deutschen Bundesrath und im Reichstag haben diese Wünsche sehr geringe Aussicht auf Erfüllung. Mit dem Schluß der parlamentarischen Ferien rückt auch die Entscheidung des preussischen Abgeordnetenhauses über die Kirchenvorlage heran. Das Centrum beabsichtigt, dabei die Abänderungsanträge zu erneuern, welche der Bischof Kopp von Fulda im preussischen Herrenhause nicht durchzusetzen vermochte. Der augenblicklich in Rom verweilende Vicepräsident des preussischen Staatsministeriums, v. Puttkammer, soll in der Audienz bei dem Papst Leo XIII. dem letzteren mündlich auseinandergesetzt haben, weshalb diese Anträge für die preussische Regierung unannehmbar seien. Man dürfte im Vatikan um so geneigter sein, diese Schwierigkeiten zu berücksichtigen, als ohne ein entschiedenes Eintreten des Fürsten Bismarck selbst die Zustimmung des Abgeordnetenhauses zu der Vorlage in der Fassung des preussischen Herrenhauses keineswegs ge-

sichert erscheint. Der rechte Flügel der conservativen Partei will keine neuen Zugeständnisse an Rom, bevor nicht der evangelischen Kirche durch Annahme des Hammerstein'schen Antrages eine größere Selbstständigkeit gesichert ist; die Freiconservativen und Nationalliberalen aber möchten die von dem Herrenhause genehmigten Bestimmungen über die Wiederzulassung der Orden streifen. Nur wenn die Haltung der römischen Curie den Fürsten Bismarck vollkommen zufrieden stellt, wird dieser geneigt sein, nach vor der Schlußabstimmung das Gewicht seines Einflusses in die Waagschale zu werfen. Die Entscheidung der elsass-lothringischen Frage scheint zunächst vertagt. Der in Straßburg versammelte Landesauschuß ist am Donnerstag, nachdem er alle Vorlagen bis auf das Gesetz über die Pensionsverhältnisse der Landesbeamten erledigt hatte, durch eine kaiserliche Verordnung geschlossen worden.

Seit einiger Zeit war in Wien das Gerücht von dem bevorstehenden Rücktritt des österreichisch-ungarischen Reichskriegsministers Grafen Dylant-Nehydt verbreitet. Thatsächlich ist diesem gut deutschgesinnten Staatsmann die aus Gesundheitsrücksichten erbetene Entlassung mit dem Hinweife abgelehnt worden, daß der Zeitpunkt für eine Aenderung in der Leitung der Heeresverwaltung nicht geeignet sei. Ueber die beiden Reichshälften aufzuerlegenden Quoten ist noch immer keine Einigung erzielt worden, weshalb der ungarische Ministerpräsident Tisza mit den Mitgliedern des Unterausschusses der ungarischen Quoten-Deputation am Donnerstag nach Wien reiste und der österreichische Ministerpräsident Graf Taaffe einer Verathung der österreichischen Staatsminister beizuwohnen, welche der ersten mündlichen Verhandlung beider Ausschüsse vorausging. Die Feindschaft zwischen den Tschechen und den Magyaren erschwert die Verständigung ungemein. Augenblicklich herrscht freilich auch innerhalb des tschechischen Lagers große Uneinigkeit. Die mit der alttschechischen Parteileitung unzufriedenen jungtschechischen Führer beriefen nach der Prager Sophien-Insel eine Volksversammlung, welche einen Aufruf an das tschechische Volk beschloß, in dem die Organisation einer unabhängigen Nationalpartei und die Loslösung von der Politik des Grafen Taaffe gefordert wird. — Unter Hinzuströmen vieler Zuschauer aus allen Theilen der österreichischen Monarchie fand am Donnerstag in Triest der Stapellauf des neuen Thürmschiffes „Kronprinzessin Erzherzogin Stephanie“ in feierlicher Weise statt.

Während in Belgien die Socialisten die Arbeiter noch immer in gefährlicher Weise beeinflussen und besonders der den allgemeinen Streik und Umsturz predigende Desulfleur einen großen Theil der südbelgischen Arbeiter veranlaßte, sich auf dem Oestercongreß in Charleroi von der friedlich gesinnten Parteileitung loszusagen, ist in dem benachbarten Königreich der Niederlande die socialistische Kundgebung vollständig bemeistert. Eine Abordnung des Vereins für die Einführung des allgemeinen Stimmrechts überreichte am Mittwoch dem seinen 70. Geburtstag begehenden niederländischen Monarchen ein Gesuch um Vergnadigung des wegen Majestätsbeleidigung zu einem Jahr Gefängniß verurtheilten Socialistenführers Nieuwenhuis, der in der Haft schwer erkrankte. Der Geburtstag des Königs wurde in Amsterdam von der gesammten Bevölkerung begeistert gefeiert und am Mittwoch Abend erstrahlte die Stadt in einer allgemeinen glänzenden Illumination.

Das Tagesgespräch in Frankreich ist gegenwärtig die Reise der Minister Vertholet, Millaud und Granet nach Algerien, die am Montag in Begleitung von achtzig Senatoren und Deputirten im Hafen von Algier eintrafen und dort von dem Generalgouverneur Tirman und dem Maire der Stadt, Guillemin, feierlich empfangen wurden. Der Kriegsminister Boulanger, welcher an diesem Auszuge nicht theilnahm, beschäftigte sich inzwischen mit dem seltsamen Plane, in den Grenzgebieten Mannschaften der Reserve der Territorialarmee zu mobilisiren. Hoffentlich werden die übrigen französischen Minister diesen Plan nicht zur Ausführung gelangen lassen. Für die ehemals französische Colonie, die jetzige Republik Haiti, welche mit England in Conflict gerathen ist, regen sich in Frankreich große Sympathien. Der an Bord des englischen Kriegsschiffes „Canada“ in Haiti eingetroffene Gesandte Clement Hill unterhandelt wegen Abtretung der Schildkröten-Insel. Der Bonapartist Cassagnac meint aber, Frankreich dürfe nicht dulden, daß England den Schlüssel zum Panama-Canal ebenfalls an sich reiße, wie es sich seinerzeit des Suez-Canals bemächtigt habe.

Nachdem die von Anhängern des englischen Staatsmannes Gladstone im Londoner Hyde-Parl veranstaltete Massenkundgebung gegen die irischen Zwangsgeetze als eine bloße Schaustellung für Neugierige mit einem Mißerfolge endigte, hat das englische Unterhaus die Verathung der zweiten Lesung der irischen Strafrechtsnovelle wieder aufgenommen. Das Ministerium Salisbury, welches fest entschlossen ist, die Irländer zum Gehorsam zu zwingen, scheint Rußland gegenüber geringere Thatskraft zu entwickeln und soll sehr geneigt sein, bei den in Petersburg stattfindenden Verhandlungen über die afghanische Grenze nachzugeben. Die Grenzfrage würde freilich jede Bedeutung verlieren, wenn der Aufstand der Bergstämme der Ghilzais mit der gänzlichen Niederlage des Emir von Afghanistan endigen sollte, wie es jetzt allen Anschein hat.

Die bulgarische Regierung wies den Justizminister Stelowa an, seinen Aufenthalt in Wien zu verlängern und dort die Interessen Bulgariens weiter zu vertreten. Die baldige Einberufung der bulgarischen Sobranje zur Verlängerung der Vollmachten der Regenshaft gilt als fest beschloffen.

Tagesnachrichten.

Deutsches Reich. Der Bundesrath ertheilte in seiner am Freitag unter dem Vorsitz des Staatssecretärs v. Bötticher abgehaltenen Plenarversammlung dem Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung der Gesetze über die Quartierleistung und über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden, sowie dem Antrage Hessens, betreffend die Aenderung der Statuten der Bank für Süddeutschland, die Zustimmung. Mit der bereits erfolgten Ueberweisung der Gesetzesentwürfe wegen Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für das Etatsjahr 1887/88, sowie betreffs der Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltung des Reichsheeres und für die Vervollständigung des deutschen Eisenbahnnetzes im Interesse der Landesverteidigung, an die verschiedenen Ausschüsse erklärte sich die Versammlung einverstanden und erledigte zum Schluß noch einige minder wichtige Gegenstände. — Die dauernden Ausgaben des Nachtragssetats erreichen nicht ganz die Summe, welche das Wehrgesetz nothwendig erscheinen ließ.